



SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI
CHANCELLERIE DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE
CANCELLERIA DELLA CONFEDERAZIONE SVIZZERA

F10 8.2.
SA
6.1.81

3003 Bern, 23. Dezember 1980

Herrn
Korpskommandant Hans Senn

3003 B e r n

Kürzungen im Staatskalender

Herr Generalstabschef,

wir kommen zurück auf ein Schreiben vom 17. November 1980, das der Chef der Sektion Geheimhaltung an den zuständigen Vizekanzler Sauvant gerichtet hat. Dieses Schreiben ist in einer Kopie auch Ihnen zugestellt worden. Es wird uns darin Kenntnis gegeben von einem Beschluss des Leitungsstabes vom 27. Oktober 1980, wonach eine Reihe von Abteilungen und Sektionen im neuen Staatskalender nur noch mit der Auskunftstelefonnummer und dem Namen des jeweiligen Chefs aufgeführt werden sollen.

Für die Herausgabe des Staatskalenders ist die Bundeskanzlei verantwortlich. Bei aller Würdigung des Beschlusses des Leitungsstabes EMD stellen sich deshalb für uns doch einige Fragen:

1. Der Beschluss führt zu einer wesentlichen Erschwerung des Dienstbetriebes und zu einer Ueberbelastung der Auskunftsstellen, die immer besetzt sein müssten.

- 2 -

2. Wesentliche Teile der Gruppe für Generalstabsdienste sind im gutgeschützten neuen Verwaltungszentrum EMD untergebracht. Zusätzliche Massnahmen sind u.E. nicht notwendig.
3. Durch eine geschickte telefonische Anfrage kann man in der Regel sowohl den Namen des Funktionsträgers als auch den Standort jeder Dienststelle erfahren.
4. Sabotagehandlungen werden nicht aus dem Handgelenk, sondern geplant durchgeführt. Die vorgeschlagenen Kürzungen erschweren ungesetzliche Handlungen nur unwesentlich, zumal das Telefonbuch der PTT und alte Staatskalender die notwendigen Angaben enthalten. Aufmerksame Rechtsbrecher könnten auch die Kuriere des EMD beobachten und so die fehlenden Standorte ermitteln.
5. Ein Risiko besteht auch beim klassifizierten Verzeichnis der Militärbehörden, das in 4'800 Exemplaren verteilt wird und bei dieser Auflage in unberufene Hände geraten könnte. Nach vollzogener Kürzung des Staatskalenders müsste dieses Verzeichnis aus praktischen Gründen weiter gestreut werden.

Zusammenfassend gelangen wir zum Schluss, dass der Aufwand den vermeintlichen Zuwachs an Sicherheit nicht lohnt und dass der Kürzungsvorschlag unverhältnismässig ist. Wir ersuchen Sie, dafür zu sorgen, dass die im Januar eingehenden Meldungen der GGST zum Staatskalender im bisherigen Umfang erfolgen. Andernfalls behalten wir uns wegen der grundsätzlichen Tragweite der Sache

- 3 -

mit Blick auf andere Departemente vor, das Geschäft dem Bundesrat zu unterbreiten. Der letzte Satz im Brief der Sektion Geheimhaltung deutet nämlich darauf hin, dass das EMD sich praktisch am liebsten aus dem Staatskalender "zurückziehen" möchte.

Der Bundeskanzler:

